

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Betonmonster oder Wildfluss? Wie „natürlich“ wird die Isar nach der Renaturierung?

Die Renaturierung der Isar kommt gut an bei den Münchnern. Aber an der Gestaltung des Abschnittes zwischen Wittelsbacher Brücke und Deutschem Museum hat sich ein heftiger Streit entzündet. Ist der 1. Preis des Wettbewerbs wirklich ein „Betonmonster“, wie manche behaupten? Und wie viel Natur kann man von einer „renaturierten“ Isar eigentlich erwarten?

Ab der südlichen Stadtgrenze ist die Isar mittlerweile auf einem Abschnitt von ca. 5 km renaturiert: Die schnurgeraden Uferbefestigungen, die den Fluss wie einen Kanal aussehen ließen, wurden entfernt, und flache, teils terrassierte Kiesufer mit angrenzenden, artenreichen Wiesen angelegt. Im Flussbett wurden die Sohlschwellen durch naturnahe, für Fische und andere Wasserlebewesen leichter zu passie-



Um diesen Abschnitt geht es. Wie wird er aussehen?

rende Sohlrampen ersetzt und Kiesinseln geschaffen. Unterschiedliche Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten geben der Isar wenigstens optisch wieder etwas vom Charakter eines „alpinen Wildflusses.“

Auf einem Großteil der renaturierten Strecke wird der Lauf der Isar allerdings weiterhin durch Ufersicherungen eingedämmt, damit der Fluss den Hochwasserdeichen nicht zu nahe kommt. Diese Ufersicherungen bestehen aus großen Gesteinsbrocken und sind im Gegensatz zu früher nicht sichtbar, da sie vom Kies verdeckt werden. Die Isar kann sich also nur in einem ziemlich engen Rahmen „ihr Bett selber suchen“, wie dies bei einem natur-

belassenem Fluss idealerweise der Fall wäre.

Für den letzten noch ausstehenden Abschnitt des Isar-Plans zwischen Braunauer Eisenbahnbrücke und Corneliusbrücke wurde wegen der innenstadtnahen Bedeutung ein Wettbewerb durchgeführt. Ziel war es, über die bisherige Gestaltung hinausgehend, alternative Ideen und Möglichkeiten zu suchen, die die in diesem Bereich besonders hohen Anforderungen an den Stadt- und Flussraum in ein tragfähiges Gestaltungskonzept umsetzen.

Den Planungen zugrunde liegen sollte – wie auch in den Abschnitten davor – das natürliche Leitbild der Isar, das durch die charakteristische Abfluss-,

Was drin ist

Seite

<i>Interview mit J. Lorenz</i>	5
<i>Bayerns größte Biobäuerin</i>	7
<i>Das Kopftuchurteil</i>	8
<i>Von Vorbildern lernen</i>	10
<i>Legal Unbundling</i>	12
<i>Offensive gegen Laubbläser</i>	13
<i>Prozess gegen Siegfried Benker</i>	15

Gewässerbett- und Auedynamik gekennzeichnet ist, im letzten Abschnitt jedoch noch stärker eingeschränkt durch die innenstadtnahen Belange wie Hochwasserschutz, begrenzte Freiflächen, Gebäude- und Brückenensembles sowie diverse Nutzungsansprüche.

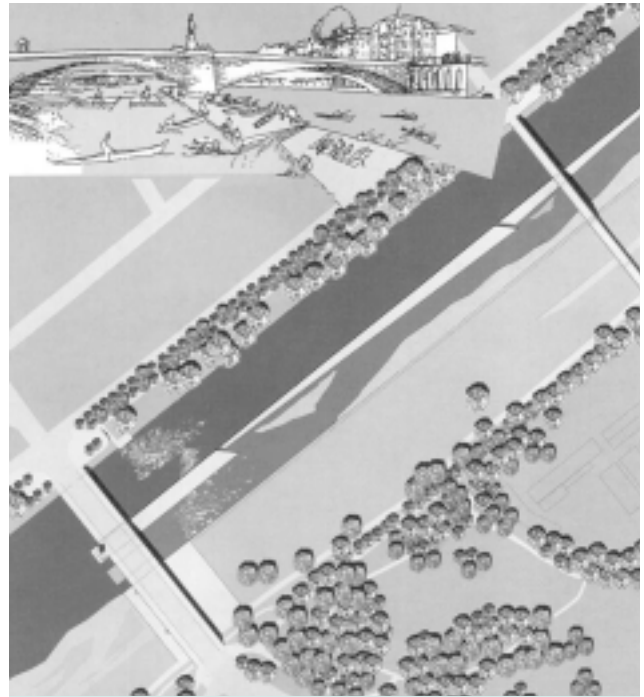
Die beiden Entwürfe:

Aufgrund des knappen Zeitplanes – Fertigstellung bis zur Bundesgartenschau 2005 wurden von den gesamten Bewerbungen im Vorfeld durch ein Auswahlgremium bereits sieben Teilnehmer für das Preisgericht festgelegt. Zur Ermittlung des Siegerentwurfs trat dann am 3. April 2003 das Preisgericht, dem für unsere Fraktion Sabine Krieger als Sachpreisrichterin angehörte, zusammen. Nach langen und schwierigen Diskussionen entschied sich die Jury durch eine Kampfabstimmung für den stärker urbane geprägten Entwurf der Münchner Landschaftsarchitektin Irene Burkhardt. Den zweiten Preis gewann Winfried Jerney, dessen Büro bereits den Umbau der Isar in den übrigen Abschnitten betreut und der eine naturnähere Umgestaltung vorsieht. Im Nachklang zum Preisgericht ist in den Medien und unter den Bürgern und Bürgerinnen ein heftiger Streit über diese Entscheidung der Jury entbrannt. Der erste Preis, der nach den Vorgaben des Preisgerichtes auch umgesetzt werden sollte, wurde in der öffentlichen Diskussion als „Betonmonster“ abqualifiziert, der zweite Preis dagegen als landschaftsästhetisch wertvoller und einfach „natürlicher“ favorisiert. Da die Diskussion inzwischen sehr emotional geführt wird, haben der

Oberbürgermeister und die Fraktionen entschieden, dass beide Preise überarbeitet und konkretisiert werden sollen. Erste Ergebnisse gibt es voraussichtlich Anfang nächsten Jahres. Bis dahin heißt es erst einmal abwarten und Gemüter beruhigen, denn unter gewässerökologischen Aspekten sind beide Entwürfe gleichwertig.

Dreh- und Angelpunkt des ersten Preises ist die Gestaltung ab der Wittelsbacher Brücke. Der Entwurf sieht hier eine Aufweitung der Wasserflächen und eine lineare Unterteilung in einen Haupt- und Seitenarm vor. Diese lineare Befestigung sollte ursprünglich aus Beton gebaut werden, könnte aber ebenso gut mit Natursteinen verwirklicht werden. Mit der Abtrennung des Seitenarms will die Architektin eine Reduzierung der Fließgeschwindigkeit erreichen, da durch die Einleitung des Werkkanals die Wassermenge bis zur Abzweigung der kleinen Isar auf das 14fache ansteigt. Der „fließberuhigte“ Seitenarm kann zum Baden und für Kleinkinder zum Planschen genutzt werden – ein Gesichtspunkt, der in der Grünen Fraktion stark beachtet wurde.

Der zweite Preis betont stärker die natürliche Fließdynamik des alpinen Fluss-



So stellen sich die Architekten des 1. Preises die Isar vor.

ses durch Kiesuferstreifen und Inseln. Die Besonderheiten dieses Entwurfs sind vor allem das Inseldelta, das das jetzige Corneliuswehr durch inselartige, abgetrepte Rampen ersetzt, sowie eine Promenade am Deutschen Museum. Die Hochwasserwiesen werden zum größten Teil terrassiert und sollen den unterschiedlichsten Nutzungsansprüchen gerecht werden (Liegewiese, Spielwiese). Offen bleibt jedoch, inwieweit die Isar in diesem Abschnitt zum Baden genutzt werden kann und wie die Zugänglichkeit zur Isar konkret gestaltet wird.

Sauberes Wasser

Jenseits aller Diskussionen über die richtige Gestaltung des Flussbettes und der Uferbereiche wird man den Charakter und den Wert eines Flusses vorrangig an dem Wasser bestimmen müssen, das in ihm fließt. Und da steht es mit der Isar leider nicht zum Besten – allerdings mit der Hoffnung auf baldige Besserung.

Doch gegenwärtig appelliert das Umweltreferat noch zu Beginn jeder Badesaison „nachdrücklich an die Eigenverantwortung und Vernunft der Münchner Bürgerinnen und Bürger, bis auf weiteres vom Baden in der Isar Abstand zu nehmen.“ Der Grund: Die Belastung mit fäkalen Verunreinigungen und Krankheitskeimen (z.B. mit dem

Das kostet die Renaturierung:

28,1 Millionen Euro sind für das Gesamtprojekt „Isar-Plan“ veranschlagt. Darin sind nicht nur die Renaturierungsmaßnahmen enthalten sondern auch die Verbesserung des Hochwasserschutzes. Der Freistaat übernimmt 55 % der Summe, die Stadt 45 %, also 12,65 Mio. Euro.

Weitere 12,5 Millionen Euro werden in die neue Desinfektionsanlage im Klärwerk Gut Marienhof investiert. 1 Million davon übernimmt das bayerische Umweltministerium.

Noch unklar ist, wie viel die Stadt die Erhöhung der Wassermenge kosten wird, denn dies hängt entscheidend von der Kooperations- und Kofinanzierungsbereitschaft des Freistaats ab. Schätzungen schwanken zwischen 50.000 und 300.000 Euro Ausgleichszahlungen pro Jahr. Hinzu kommen noch Investitionen am Wehr Baierbrunn.

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen grauen Novembertagen, die arm sind an erfreulichen Neuigkeiten (SPD schwächelt, Städte sind pleite, Frankreich ist uns fußballmäßig hoffnungslos überlegen) hat mich doch wenigstens eine gute Nachricht erreicht: Der OB verlangt nach der Grünen Mamba!

Ja, es ist wahr, über einen Vertrauensmann hat er mich wissen lassen, dass er die Lektüre aus unserer Fraktion schon seit längerem vermisst. Habe ich gar vergessen, ihm die letzte Ausgabe zu schicken? Ausgerechnet ihm, dem Liebling der Münchner Wähler und Lokalredaktionen?

Wer hätte aber auch gedacht, dass unser Blatt an allerhöchster Stelle dieser Stadt so nachhaltig wahrgenommen wird, dass Herr Ude, zwischen zwei Aktenbergen, plötzlich innehält: „Hm, lange keine Mamba mehr in den Händen gehalten“? Oder sich gar schlaflos hin- und herwälzt des Nachts - „wo bleibt sie nur, die nächste Nummer?“

Das wollen wir natürlich nicht, der OB braucht seinen Schlaf und volle Konzentrationsfähigkeit für schwierige Regierungsgeschäfte.

Aber nun, da wir wissen, dass er zu unseren Lesern gehört, müssen wir unser redaktionelles Konzept überdenken. Schließlich haben wir jetzt eine gewachsene Verantwortung für die Darstellung Grüner Kommunalpolitik.

Das sei uns Ansporn - einerseits. Andererseits wissen wir, dass Erfolg - gerade der politische Erfolg - den Menschen eitel macht und selbstgefällig. Wäre die Mamba vielleicht ein geeignetes Instrument um dagegen anzukämpfen? Etwas in Form einer Rubrik, die dem OB zum Ausgleich für die vielen Lobeshymnen, die ihm in den Medien und seiner Partei ständig zuteil werden, Fehler und Versäumnisse vorhält? Dabei geschickt Grüne Politik einflechtend, als Lösung der Probleme? Ob er uns das danken würde? Da eröffnen sich doch vollkommen neue Horizonte!

Markus Viellvoye

tückischen EHEC-Erreger, der immer wieder mal nachgewiesen wird) ist immer noch so hoch, dass die EU-Badegewässerrichtlinie in den vergangenen Jahren nicht erfüllt wurde.

Gebadet wird immer

Da aber eine solche Richtlinie bei Hitze sehr lästig ist und das Isarwasser optisch einen durchaus akzeptablen Eindruck macht, setzen sich jedes Jahr Zehntausende von Badenden über die Warnungen und Verbotsschilder der Stadt hinweg.

Um der Gesundheit ihrer Bürger willen und weil ein verschmutzter Fluss in einer Stadt, die sich gern zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz bekennt, ein Ärgernis ist, hat München schon vor einiger Zeit die Initiative ergriffen, um die Isar sauberer zu machen.

Bürgermeister Monatzeder lud die Kollegen der Isar-Anliegergemeinden zu Runden Tischen ins Rathaus, um eine konzertierte Aktion zur Verbesserung der Klärwerke ins Leben zu rufen. Auch der Freistaat erklärte sich bereit zu kooperieren und den Einbau von Ultraviolett-Anlagen zur Abtötung von Keimen und Bakterien zu bezuschussen. Erste Erfolge lassen sich dank der stark verbesserten Leistung des Klärwerks Bad Tölz bereits nachweisen – bis an die Stadtgrenze. Auch München wird jetzt nachrüsten: In der Kläranlage Gut Marienhof geht nächstes Jahr eine UV-Anlage in Betrieb. Ab 2005 sollte die Isar dann „offiziell“ Badequalität erreichen

Mehr Wasser

Etwas zäher geht es mit der Wassermenge der Isar voran. Was ist die schönste Flusslandschaft wert, wenn der Fluss selbst häufig einem Rinnsal gleicht? Unterhalb des Großhesseloher Wehrs führt die Isar nur an durchschnittlich 200 Tagen im Jahr mehr Wasser als die mit der Stadtwerke GmbH vereinbarte Mindestmenge von 5m³/s. Gerade in den sommerlichen Trockenperioden ist dies ein eher trauriger Anblick - und natürlich wirkt sich die geringe Wassermenge auch negativ auf die Selbstreinigungskräfte und die Gewässerökologie aus. Die „Rest-

wasserstudie“ des Wasserwirtschaftsamtes aus dem Jahr 2000 konstatiert „erheblich gestörte Populationsstrukturen“ bei typischen Isarfischen wie Nase, Barbe, Aitel und Esche und macht dafür neben Verbauungen im Flusslauf auch die „zu geringen Restabflüsse“ verantwortlich. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass „aus gewässerökologischen und landschaftsästhetischen Gründen“ ein höherer Mindestabfluss notwendig ist und empfiehlt rund 17m³/s.

Weniger Energie

Allerdings gibt es hier einen ernsten Zielkonflikt, gerade aus Grüner Sicht. Denn das Wasser, das nicht im Isarkanal fließt, ist der Nutzung als regenerativer Energieträger entzogen und so verringert sich die Möglichkeit, auf schonende Weise Strom zu produzieren. In den Isarwerken I–III produzieren die Stadtwerke eine durchschnittliche Jahresarbeit von 43 GWh/a. 4,8 GWh/a würden sie verlieren, wenn die Stadt der Empfehlung des Wasserwirtschaftsamtes folgen würde.

Trotzdem besteht im Stadtrat schon seit längerem der Partei übergreifende Konsens, die Mindestwassermenge in der Isar zu erhöhen. Denn nach allgemeiner Auffassung ist die Wasserkraft nur dann wirklich umweltfreundlich, wenn sie unsere Flüsse nicht zu leblosen Rinnsalen und schnurgeraden Kanälen degradiert. Bereits im Sommer 2000 hat der Stadtrat das Umweltreferat beauftragt, mit den Stadtwerken über die Erhöhung der Mindestwassermenge auf 12 m³/s zu verhandeln. Nach Abschluss der Bauarbeiten zum Isarplan soll dann über 17 m³/s entschieden werden.

Leider haben diese Verhandlungen bisher keine greifbaren Fortschritte erbracht. Die Stadtwerke fordern einen finanziellen Ausgleich für das entgangene Wasser und haben zudem erklärt, zur Erhöhung des Mindestabflusses am Wehr Großhesselohe ein neues Regelungsbauwerk zu benötigen. Die Stadt hat daher zwischenzeitlich mit E.ON, dem Betreiber der flussaufwärts gelegenen Kraftwerke Höllriegelskreuth und Pullach verhandelt, ob bereits dort mehr Wasser aus dem Werkskanal ausgeleitet werden könnte – doch bisher ohne Ergebnis.

Das Umweltreferat ist jedoch zuversichtlich, dem Stadtrat noch dieses Jahr einen realistischen Vorschlag zur Entscheidung vorlegen zu können (s. das Interview mit Joachim Lorenz). Eines ist klar: Mehr Wasser in der Isar – das kostet Geld. Bei der gegenwärtigen

Kassenlage kann man nur hoffen, dass es sich nicht um all zu hohe Summen handelt. Aus ökologischer Sicht kommt der Erhöhung der Wassermenge allerdings eine Schlüsselstellung zu. Sie ist allemal wichtiger als die Frage, ob bei der Neugestaltung der Uferberei-

che in Innenstadtnähe Beton sichtbar werden darf oder nicht.

*Sabine Beck
Markus Viellvoje*

VOM WIDLFLUSS ZUM ÖKO-PROJEKT

Ein Blick auf die Geschichte der Isar

Schon die Kelten schätzten die Hochufer der Isar als Siedlungsraum. Noch heute zeugen etliche „mythische Orte“ ehemaliger Kultplätze und Wallanlagen entlang der Isar-Hochkante von dieser Besiedelung. Die Isar selbst nannten die Kelten respektvoll „die Reißende“ und bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein wurde sie diesem Namen auch immer wieder durch heftige Hochwasserereignisse gerecht. Sie war ein typisch alpiner Wildfluß mit ausgedehnten Kies- und Sandbänken und einem sich stetig verlagernden Flussbett sowie stark schwankenden Wassermengen.

Für München spielte die Isar von Anfang an eine große Rolle und war „Freund“ und „Feind“ zugleich. Die historische Entwicklung der Stadt prägte sie in entscheidender Weise. Zunächst dienten die ausgedehnten und reißenden Arme der Isar der historischen Stadt als Schutz in Kriegszeiten, später wurde sie für die wirtschaftliche Entwicklung Münchens immer wichtiger. Handwerksbetriebe nutzten ihre Wasserkraft über eine Vielzahl von Kanälen, zahlreiche Mühlen und Hammerwerke wurden errichtet und die Flößerei war eine Grundlage für Handel und Versorgung.

Vom Wildfluss..

Erst in der Phase der Industrialisierung wurde die bis dahin überwiegend frei fließende Isar durch wasserbauliche Maßnahmen in ihrer heutigen Form festgelegt. Anlass dafür waren letztendlich die verheerenden Hochwasserereignisse z.B. von 1813, als die Ludwigsbrücke einstürzte und mehr als 100 Menschen ertranken.

Anders aber als an anderen städtischen Flüssen (z.B. Donau in Regensburg und Passau) wurden bei dem stadttge-

schichtlich relativ späten Ausbau der Isar südlich der Corneliusbrücke breite Auenflächen als Überflutungsbereiche belassen. Dieser Flächensicherung verdankt München heute die ausgedehnten Auen- und Wiesenlandschaften an der Isar.

...über den Industriekanal...

Neben dem Hochwasserschutz wurden im südlichen Stadtgebiet die heute noch bestehenden Kraftwerke erbaut. Zu diesem Zweck wurde der Isarkanal errichtet, der an der südlichen Stadtgrenze an den Werkkanal des Kraftwerks Pullach anschließt und links der heutigen Isar bis zur Wiedereinmündung nördlich der Braunauer Eisenbahnbrücke verläuft. Die Isar wurde in diesem Bereich in ein begradigtes, kanalisiertes und durch massive Bauwerke befestigtes Flussbett verlegt. Sie führt in dieser sog. Restwasserstrecke derzeit nur eine Restwassermenge von 5m³/s. Der größte Teil des Isarwassers bis zu einer Höchstmenge von 70m³/s wird im Werkkanal zur Stromgewinnung genutzt.

Vor dem Hintergrund dieser ökologisch und landschaftsästhetisch defizitären Situation der Isar-Flusslandschaft entstand bereits in den 80er Jahren ein Dialog über den Münchner Isarraum, initiiert durch eine Reihe von Stadtratsanträgen. Intention der Anträge war „mehr Natur“ in die Stadt zu holen, den natürlichen Fließcharakter der Isar wieder herzustellen, eine verbesserte Grün- und Biotopvernetzung und neue Wegeverbindungen zu schaffen sowie der Isar im Abschnitt bis zur Einleitung des Werkkanals mehr Restwasser zuzuführen. Gleichzeitig sollte der innenstadtnahe Bereich aufgewertet, verschönert und die Isar besser erlebbar

gemacht werden. Der Isar-Plan war geboren!

...zum Isar-Plan

1987 erarbeitete ein interdisziplinäres Colloquium Ziele zum Isar-Plan. Von den Beratern aus den Bereichen Stadtplanung, Ökologie, Verkehrsplanung, Soziologie, Wasserbau und Wasserwirtschaft wurden folgende Leitlinien formuliert:

- Hochwasserschutz verbessern
- Flusslauf und Ufer möglichst naturnah gestalten
- Flusstypische, naturnahe Lebensräume schaffen und vernetzen sowie die ökologische Durchgängigkeit verbessern
- Erholung und Naturerlebnis am Fluss sichern und Zugänglichkeit zum Fluss verbessern
- Keine weitere Bebauung im Isarraum
- Charakter der offenen Flusslandschaft berücksichtigen
- Restwassermenge erhöhen

Im Jahre 1989 führte die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Münchner Forum eine Öffentlichkeitsphase zur Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an dem damaligen Stand der Planung durch. Erste Entwürfe legte dann das Wasserwirtschaftamt 1991 vor. 1995 wurde die Arbeitsgruppe Isar-Plan gegründet, unter der Leitung des Wasserwirtschaftsamtes München. Daraufhin wurden mehrere Planungsvarianten erarbeitet und zur Diskussion gestellt.

Als Planungsgebiet des Isar-Plans wurde ein Teilabschnitt des Isarbettes von insgesamt ca. 8 km Länge von Großhesselohe im Süden bis zur Corneliusbrücke am Deutschen Museum festgelegt.

Sabine Beck

10 JAHRE UMWELTSCHUTZREFERENT

Interview mit Joachim Lorenz, der vor seiner 3. Amtszeit steht

Mamba: *Joachim, was würdest Du im Rückblick auf 10 Jahre im Amt als Deinen größten Erfolg bezeichnen? Und was als Deinen größten Misserfolg?*

Joachim Lorenz: Mein größter Erfolg ist, dass Energieeinsparung und Klimaschutz dauerhaft in die Stadtpolitik implementiert werden konnten. Als ich das Amt 1993 antrat, hatten wir gerade eine Haushaltssperre, und die Mittel für Energieeinsparung wurden auf Null gesetzt. Ich habe dann eine Zeit lang gebraucht, um wenigstens wieder bescheidene Mittel vom Stadtrat zu erhalten. Heute sind sie dreimal so hoch wie 1994. Auch für das neue Bauzentrum in der Messestadt Riem habe ich lange gekämpft. Im nächsten Frühjahr wird es endlich eröffnet, es wird **das** Kompetenzzentrum in München für das Gebiet „Bauen und Ökologie“ sein.

Mamba: *Würdest Du es dann als Misserfolg verbuchen, dass die Stadt ihr selbst gesetztes Klimaschutzziel, nämlich die Reduktion der CO₂-Emissionen um 30 % bis 2005 (auf der Basis von 1987) verfehlen wird?*

Joachim Lorenz: Das muss man relativ sehen. Betrachtet man z.B. die ca. 2000 städtischen Gebäude, auf die wir unmittelbar Einfluss haben, werden wir die 30 % erreichen. Aber ansonsten haben die CO₂-Emissionen nur geringfügig abgenommen. Interessanterweise können wir beim Autoverkehr einen leichten Rückgang feststellen – trotz konstant gebliebener Fahrleistungen. Das liegt an den neuen, sparsameren Motoren. Unser Sorgenkind sind die privaten Bürogebäude, die vor allem durch Lüftung und Kühlung zweifellose Zuwachsraten zu verzeichnen haben. Aber auch die Stadtwerke verschlechtern die CO₂-Bilanz, weil sie vor einigen Jahren im Kraftwerk Nord aus Kostengründen dazu übergegangen sind, verstärkt Kohle statt Gas einzusetzen. Zu den Misserfolgen rechne ich außer-

dem die zu hohen Reibungsverluste durch unterschiedliche Zuständigkeiten. Zum Beispiel der Ökologische Kriterienkatalog beim Verkauf städtischer Grundstücke: Hier haben wir zwar vom Verbot von Tropenholz bis zur Regenwassernutzung einen sehr breiten Katalog, aber bei Kriterien zum sparsamen Energieverbrauch laufen uns andere Städte mittlerweile den Rang ab. So hat etwa das mit CDU-Mehrheit regierte Stuttgart beschlossen, Bauwerber für städtische Grundstücke darauf zu verpflichten, 20 % mehr Energie einzusparen als in der Energieeinsparverordnung des Bundes vorgeschrieben sind. Sogar Daimler-Chrysler war bereit, das zu akzeptieren, aber unsere Versuche das auch in München zu realisieren, sind bisher verwaltungsintern gescheitert. Ich setze hier auf eine politische Entscheidung von Rot-Grün bei der Fortschreibung des Katalogs.

Mamba: *Stichwort Reibungsverluste: Anders als in anderen Großstädten ist die Untere Naturschutzbehörde in München nicht im Umwelt- sondern im Planungsreferat angesiedelt. Warum haben die Grünen nie um die Naturschutzbehörde gekämpft?*

Joachim Lorenz: Die Grünen haben mit mir, als ich noch ehrenamtlicher Stadtrat war, um die Untere Naturschutzbehörde gekämpft, sind aber leider an der SPD gescheitert. Ich bin der Auffassung, dass dieses Thema im Zuge der Verwaltungsreform – die ja ein Dauerthema ist – wieder aktuell



Joachim Lorenz steht vor seiner dritten Amtsperiode als städtischer Referent für Gesundheit und Umweltschutz. Der 53jährige Vater von drei Töchtern und Dipl.-Wirtschaftsgeograph war 1984 im Münchner Rathaus ein Grüner der ersten Stunde und galt bald als der Umweltexperte der Fraktion. 1993 wurde er zum städtischen Umweltschutzreferenten gewählt 1998 kam zusätzlich noch das Gesundheitsreferat in seinen Verantwortungsbereich.

werden wird. Jüngstes Beispiel ist die Diskussion um die neue Baumschutzverordnung, die im Planungsreferat zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Personaleinsparung fortgeschrieben werden sollte. Natürlich sehe ich die Zwänge, Personal einsparen zu müssen. Ich denke aber, dass hier die Fachlichkeit zu kurz gekommen ist. Erst meine Stellungnahme hat dazu geführt, dass der Beschluss vertagt worden ist und voraussichtlich nachgebessert wird.

Auch an der Ausweisung von neuen Schutzgebieten sieht man, dass im Planungsreferat noch andere Kriterien in den Mittelpunkt gestellt werden als die rein naturschutzfachlichen. Es ist unbefriedigend, wenn innerhalb einer Dienststelle die Konflikte schon im Vorfeld geregelt und dem Stadtrat erst

gar nicht zur Entscheidung vorgelegt werden. Das wäre anders, wenn Baumschutz und Naturschutz z.B. im Umweltschutzreferat angesiedelt wären. Schon bei der Ausweisung von Schutzgebieten nach der europaweiten Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie war es meine Stellungnahme, die den Stadtrat dazu bewogen hat, naturschutzfachliche Argumente stärker zu gewichten. Ich hoffe, dass der Stadtrat dies beim Baumschutz ähnlich sieht.

Mamba: Soll der Baumschutz denn jetzt aufgeweicht werden?

Joachim Lorenz: Die Fichten sollen heraus genommen werden – wofür einiges spricht. Der Verwaltungsaufwand ist sehr groß, denn der größte Anteil der Baumfällanträge bezieht sich auf Fichten – und über 80 % der Anträge werden auch ohne weiteres genehmigt. Mit der Erlaubnis zur Fällung werden in der Regel Nachpflanzungen verfügt. Bei der vom Planungsreferat vorgeschlagenen Neufassung der Baumschutzverordnung würde allerdings auf jegliche Nachpflanzungen verzichtet werden. Gerade in unseren stark durchgrünten Stadtrandgebieten befürchte ich, dass auf diese Weise über die Fällung von Fichten eine übermäßige Verdichtung in den Stadtrandvierteln stattfindet. Für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung wäre das eine sehr nachteilige Entwicklung. Ich bin daher der Meinung, dass die Pflicht zu Nachpflanzungen gesichert werden muss.

Mamba: Ein anderes urgrünes Thema ist die Renaturierung der Isar. Hier ist über die Gestaltung des letzten Bauabschnittes ein heftiger Streit entbrannt. Der 1. Preis des Wettbewerbs wurde als „Betonmonster“ bezeichnet. Welche Lösung bevorzugst Du?

Joachim Lorenz: Als Preisrichter in diesem Wettbewerb habe ich für den 1. Preis gestimmt. Die Isar hat ja in diesem Abschnitt relativ viel Wasser, und beim 2. Preis hatte ich die Sorge, dass gerade kleinere Kinder die Isar nicht zum Baden nutzen können. Ich bin außerdem der Meinung, dass die Isar in diesem innenstadtnahen Bereich nicht in der gleichen Art gestaltet werden sollte wie am Flaucher und weiter südlich. Aber wir sollten den Bürgern auf keinen Fall etwas überstülpen. Wenn

die öffentliche Diskussion ergibt, dass der 1. Preis nicht vermittelbar ist, dann muss der Stadtrat das noch mal diskutieren. Der 2. Preis hat auch seine Qualitäten.

Mamba: Und wie geht es mit der Wassermenge in der Isar weiter?

Joachim Lorenz: Das Umweltreferat will dem Stadtrat im November Vorschläge machen, wie die angestrebte Erhöhung von 5m³ auf 12m³/s mit der Nutzung der Wasserkraft vereinbart werden kann. Unser Konzept läuft darauf hinaus, das Problem schon am Wehr Baierbrunn südlich von München zu lösen. Wir sind hier in Gesprächen mit E.ON. Aber auch die Stadtwerke würden auf jeden Fall Wasser verlieren – und das heißt, dass Ausgleichszahlungen für die Verluste bei der Stromerzeugung geleistet werden müssen. Es geht hier um einen mindestens fünfstelligen Betrag pro Jahr. Der Freistaat könnte helfen, indem er zu bestimmten Zeiten mehr Wasser aus dem Sylvensteinsee in die Isar ablässt. Außerdem könnte, wenn die Isar genügend Wasser führt, die für die Energieerzeugung maximal nutzbare Wassermenge im Kanal erhöht werden. Nach dem Stadtratsbeschluss werden wir die Verhandlungen mit dem Freistaat beginnen.

Mamba: Gegenwärtig ist die Strukturreform der städtischen Krankenhäuser zwischen Stadtrat, Krankenhausleitungen und Personalvertretungen. Was hält der Gesundheitsreferent für das beste Modell?

Joachim Lorenz: Momentan werden zwei Rechtsformen diskutiert: Das Kommunalunternehmen und die GmbH. Ich plädiere - ohne der Entscheidung des Stadtrats vorgreifen zu wollen - für eine GmbH mit dem einzigen Gesellschafter Stadt, denn in einer GmbH können die Mitwirkungsrechte des Personals am besten gestaltet werden. Ich bin der Auffassung, dass beim größten Unternehmen der Stadt mit über 8.000 Mitarbeitern die Mitwirkung des Personals zwingend ist. Denn in den nächsten Jahren sind tief greifende Veränderungen nötig, und die

sind nur im Konsens mit dem Personal zu erreichen. Außerdem braucht der Träger der Krankenhäuser, die Stadt, starke Rechte. Der Stadtrat muss über strategisch wichtige Fragen und Veränderungen des Leistungsangebotes entscheiden. Auch die Zusammenarbeit mit externen Anbietern von Gesundheitsleistungen muss verbessert werden. Das wäre im Rahmen einer GmbH am besten möglich

Mamba: Was wird sich denn dabei für den Patienten ändern?

Joachim Lorenz: Mein Ziel ist es, die Qualität der Leistungen im unmittelbaren Patientenkontakt zu verbessern und für nicht medizinische sowie medizinische Dienstleistungen eine Ausgliederung zu prüfen, wenn diese im Krankenhausverbund nicht wirtschaftlich geführt werden können. Durch die Ausgliederung solcher Leistungen kann Geld eingespart werden – Geld, mit dem die Qualität im unmittelbaren medizinischen Pflegebereich gehalten oder sogar verbessert werden könnte. Oberstes Ziel muss es sein, trotz Wettbewerb starke kommunale Krankenhäuser zu erhalten.

Mamba: Als Gesundheitsreferent bist Du auch für die Suchtpolitik zuständig. In München gibt es dieses Jahr einen Besorgnis erregenden Anstieg der Drogentoten. Woran liegt das? Haben wir Defizite in der Versorgungsstruktur?

Joachim Lorenz: Die Zahl der Drogentoten schwankt beständig, die Ursachen hierfür sind schwer zu analysieren. Aber in Bayern haben wir ganz allgemein das Problem, dass der Freistaat über die Polizei rigider als in anderen Ländern vorgeht, und die Konsumenten deshalb oft in Hinterhöfe oder Toiletten ausweichen. Und wenn da mal eine Überdosis genommen wird, kommt die Hilfe oft zu spät.

Wir haben in München auch zu wenig Kontaktläden. Es ist hier einfach sehr schwer, Standorte für solche niederschweligen Angebote zu finden. Auch für Rückzugsräume gibt es Bedarf in München – aber da muss die Landespolitik mitziehen. Und die CSU verweigert sich. Im Großen und Ganzen sind unsere Suchthilfeangebote aber recht gut.

Mamba: *Von den fünf Münchner Grünen, die es bisher auf den Stuhl eines Referenten oder Bürgermeisters geschafft haben, gehören vier der ersten Grünen Rathausgeneration an. Haben wir ein Nachwuchsproblem?*

Joachim Lorenz: Nachwuchsprobleme haben alle Parteien. Aber ich kann

im Bundesverband der Grünen Kommunalbeamten schon feststellen, dass wir alle der ungefähr gleichen Generation angehören. Bei den Ehrenämtern sieht es wohl besser aus, aber die Bereitschaft, sich mit seinem Engagement dauerhaft in die Verwaltung einbinden zu lassen ist geschwunden – und das gilt für alle Großstädte.

Mamba: *Dann wird das also nicht Deine letzte Amtsperiode?*

Joachim Lorenz: Über das Jahr 2010 möchte ich nun wirklich nicht hinausdenken, zumal es 2008 eine Kommunalwahl gibt. Und da werden die Karten für die Wahl der Referenten erst einmal neu gemischt.

DIE GRÖSSTE BIOBÄUERIN BAYERNS



Auch Gabriele Friderich steht vor ihrer Wiederwahl - als städtische Kommunalreferentin. Die Mutter einer erwachsenen Tochter und diplomierte Geografin gehörte bereits der ersten Grünen Stadtratsfraktion als Mitarbeiterin an und wurde später selbst Stadträtin und Fraktionsvorsitzende. 1998 trat sie als Kommunalreferentin die Nachfolge von Georg Welsch an. Für die Mamba stellt sie einige Schwerpunkte ihrer Arbeit vor.

In den vergangenen fünf Jahren habe ich die Vielfalt der Aufgaben und vor allem die „Lebensnähe“ der Arbeitsbereiche des Kommunalreferates sehr zu schätzen gelernt. Und deswegen bin ich sehr stolz, nicht nur die größte Bio-Bäuerin, sondern auch zweitgrößte kommunale Waldbesitzerin Bayerns zu sein – auch wenn ich mir das als waschechte Berlinerin und Wahlmünchnerin

früher nicht unbedingt vorgestellt habe.

Mit fast 800 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, die nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden, nehmen die städtischen Güter eine Vorreiterrolle in Bayern ein. Vorrangig sind sie auch weiterhin die unverzichtbare Grundlage für eine vorausschauende Flächen-vorratspolitik. Gleichzeitig ist es aber auch gelungen, die ökologische Wirtschaftsweise auszubauen. Darüber hinaus leisten die landwirtschaftlichen Betriebe heute viel für den Umweltschutz: Mit dem Bau einer Biogasanlage, der Installation von Hackschnitzel-, Festholz- und Klärgasheizungen sowie dem Einsatz von Schleppern und Transportern, die mit kalt gepresstem Rapsöl betrieben werden, sind

Modellprojekte für regenerative Energienutzung auf den Weg gebracht worden.

Daneben erfüllen die kommunalen landwirtschaftlichen Flächen inzwischen auch wichtige soziale Aufgaben. So bieten sie auf meine Initiative hin seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit dem Schulreferat auf den städtischen Gütern Führungen und Pro-

jekte für Schulklassen an, um das Verständnis für die Zusammenhänge bei der Erzeugung von Lebensmitteln und für Betriebsabläufe in der Landwirtschaft gerade auch für Kinder einer Großstadt zu fördern.

Das Kommunalreferat ist auch zuständig für den gesamten städtischen Waldbesitz (ca. 4500 Hektar Waldfläche), der seit 2001 als erster Forst in Bayern das „Naturland-Zertifikat“ erhielt. Das ist ein eindrucksvoller Beweis für die Qualität der städtischen Wälder, für die Hochwertigkeit des erzeugten Holzes und für die Ausstattung der städtischen Arbeitsplätze in diesem Bereich.

Als Kommunalreferentin bin ich auch verantwortlich für die Abfallwirtschaft. Der Abfallwirtschaftsbetrieb Münchens (AWM) ist Deutschlands größter kommunaler Entsorgungsbetrieb. In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, den Erfolg der konsequenten Abfallvermeidungs- und Abfallverwertungsstrategien nicht nur zu stabilisieren, sondern auch erfolgreich weiter auszubauen. Heute ist das Drei-Tonnen-System in München flächendeckend eingeführt. Im Rahmen einer Neukonzeptionierung der Deponie Nord-West wurden nicht nur die umwelttechnischen Sicherheitssysteme optimiert und mit einer Sickerwasser-Reinigungsanlage ergänzt. Zusätzlich wurde auch der dritte Bauabschnitt ausgebaut, der auf Grund der erfolgreichen Müllmengenreduzierung auf absehbare Zukunft nicht mehr als Deponiefläche benötigt wird. Mit dem Wertstoffhof für große Sperrmüllmengen, der Umladestation für Biomüll, den Flächen für ein effektives Altlastenmanagement sowie der Pilotanlage zur

Trockenvergärung von Bioabfällen hat die Stadt jetzt einen modernen, innovativen Entsorgungspark. Zusammen mit dem umwelttechnisch hochwertigen Heizkraftwerk München-Unterföhring einerseits und den 12 Wertstoffhöfen und dem Gebrauchtgüterhaus andererseits, verfolgt die städtische Abfallwirtschaft ein wirtschaftlich tragfähiges, ökologisch europaweit vorbildliches Entsorgungskonzept. Dabei ist es gelungen, die Erhöhung der Müllgebühren im Jahr 2001 so moderat zu gestalten, dass sie heute nur 3,7 Prozent über dem Niveau von 1993 liegen. Im Vergleich dazu haben sich die allgemeinen Lebenshaltungskosten in diesem Zeitraum um ca. 12 Prozent erhöht. Mein Ziel ist es, auch in Zukunft die absolut zuverlässige Entsorgung der Münchner Haushalte auf ökologisch hohem Standard zu moderaten Preisen sicher zu stellen. Voraussetzung hierfür ist, dass der AWM als kommunaler Betrieb erhalten werden kann. Da die Liberalisierungstendenzen in Bezug

auf die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene immer mehr an Bedeutung gewinnen, ist für mich die Arbeit in den interkommunalen Verbänden und auf europäischer Ebene (z.B. im CEEP) auch in Zukunft von zentraler Bedeutung.

Der andere bedeutende Aufgabenbereich des Kommunalreferates ist die Verwaltung der städtischen Immobilien - eine Querschnittsfunktion für die Stadtentwicklung, die soziale Grundversorgung und für wirtschaftliche Entwicklungen.

Mehr als 50 Millionen Euro jährlich erwirtschaftet die Abteilung „Liegenschaftsverwaltung“ im Bereich Mieten und Pachten ohne die gesamtstädtischen Ziele aus den Augen zu verlieren. Zusätzlich stellt das Kommunalreferat aus Grundstückserlösen jährlich 30 Millionen Euro zur Verfügung.

Besondere Bedeutung hat für mich in nächster Zeit die Fertigstellung zweier wichtiger Immobilienprojekte, die ich

in Angriff genommen habe: die Sanierung des Stachusbauwerks und die Realisierung des zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB). Beide Projekte haben jeweils einen immensen Investitionsbedarf, so dass es in Zeiten der Haushaltskonsolidierung wohl nicht möglich sein wird, eine Finanzierung ausschließlich mit öffentlichen Mitteln zu realisieren. Deshalb wird der Erfolg dieser beiden Vorhaben entscheidend davon abhängen, ob es gelingen wird, nicht nur solvente, sondern auch im Sinne der Erfüllung städtischer Vorgaben zuverlässige Investoren zu finden. Mein oberste Ziel ist es, in den nächsten sechs Jahren weiterhin gestaltend und verantwortungsvoll daran mitzuwirken, dass das Kommunalreferat einerseits ein bürgerfreundlicher, leistungsfähiger Dienstleister bleibt und andererseits seine wertschöpfenden Aufgaben für den Münchner Stadthaushalt optimal erfüllen kann.

TOLERANZ FÜR EIN SYMBOL DER UNTERDRÜCKUNG?

Ein Kommentar zum Kopftuch-Urteil

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass es eigentlich nicht entscheiden will. Die Richter haben die Entscheidung darüber, ob muslimische Lehrerinnen während des Unterrichts ein Kopftuch tragen dürfen oder nicht (oder den iranischen Ganzkörperschleier oder die afghanische Burka) zurück in die Zuständigkeit der Länder gegeben und eine öffentliche Debatte über die weltanschauliche Neutralität des Staates gefordert. Rechtssicherheit wird so zumindest nicht geschaffen, da nun Länderparlamente, ihren Mehrheiten entsprechend, unterschiedliche Entscheidungen treffen werden.

Das Kopftuch oder der Schleier haben keine ehrliche wissenschaftliche Begründung im Koran - und es ist erstaunlich, wie der Islam auf ein Stück Tuch reduziert wird.

Im Koran finden sich vier Stellen, die oberflächlich betrachtet eine derartige Verschleierung der muslimischen Frauen vorschreiben oder wenigstens nahe legen: Sure 33, 32 f.; Sure 33, 53; Sure

33, 59; Sure 24, 30 f. In keiner dieser Suren ist aber explizit von einem Schleierzwang die Rede, da

1. die Begriffe variieren,
2. Mohammed sich auf **seine** Frauen bezieht
3. die Situation nicht klar ist oder
4. die überlieferten Begriffe als solche nicht eindeutig verstanden werden können.

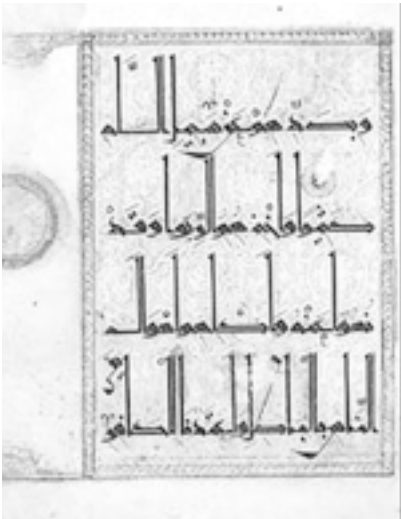
Hinzu kommt, dass Mohammed, nach Buchari (islam. Schriftgelehrter), seine Anhängerinnen mehrmals ausdrücklich anwies, zur Hajj oder in der Moschee, also beim Gebet, keine Verhüllungen zu tragen. Auch die Segregation der Frauen verbat er sich. Die Frauen zu Mohammeds Zeit standen unverhüllt und selbstbewusster als sie es heute sind neben den Männern in der Moschee. Wenn also Mohammed selbst in den heiligsten Situationen keine Verschleierung wünschte, wieso sollte er sie dann im gewöhnlichen Alltag gern gesehen haben...?

Auch aus praktischer Sicht wäre es zu

damaliger Zeit für Frauen völlig unmöglich gewesen sich zu verschleiern, da sie den Großteil der körperlichen und administrativen Arbeit verrichteten. Wie sollten sie bitteschön Handel treiben (z.B. Mohammeds erste Frau Hadidja), Ver- und Einkäufe aus-handeln, zerstrittene Familien versöhnen, Heiraten anbahnen usw., wenn sie als Person und Persönlichkeit nicht eindeutig erkennbar gewesen wären. Der persönliche Kontakt, das persönliche Gegenüber, die Gesichtssprache waren damals wie heute eminent wichtig - noch dazu in Zeiten, in denen persönliche Absprachen und



Der Stein des Anstoßes: Frau Ludins Kopftuch



Hier steht jedenfalls nichts von einem Kopftuchgebot...

Gesten einen weit höheren Stellenwert besaßen als schriftliche Fixierungen. Ein Verziehen der Mundwinkel oder ein Augenzucken zur falschen Zeit konnte Stammesfehden auslösen. Das Gesicht war der Ausdruck der Seele und alle Empfindungen liefen darin zusammen. Oder wie wollte die Frau als Dienstmagd mit stark eingeschränktem Gesichtsfeld oder halbblind komplizierte Flecht-, Ton- oder Küchenarbeiten verrichten? Das gleiche Problem stellt sich heute übrigens auch beim Autofahren oder anderen technischen Arbeiten (Mikroskop)!

Die vornehme und reiche Frau freilich konnte es sich erlauben, Schleier zu tragen, da ihr genügend Dienstpersonal zur Seite stand. Sie trug den Schleier aber dann nicht aus religiösen Gründen, sondern um ihre Stellung in der Gesellschaft zu demonstrieren und ihren sozialen Status hervor zu heben - ähnlich den weiß gepuderten Schönheiten zu Zeiten Louis XIV.

Fereshta Ludin sagt von sich selbst, sie würde sich sehr schämen, wenn sie ohne Kopfbedeckung vor einer Schulklasse stünde. Das Tuch solle ihre weiblichen Reize verhüllen und die Haare gehörten zu den Reizen einer Frau. Erstaunlich! Da weiß Frau Ludin mehr als der Prophet, denn im Koran wird das Haar der Frau mit keiner Silbe erwähnt und wenn von Reizen die Rede ist, dann sind damit durchscheinende Brüste gemeint, Konturen des Gesäßes oder Schmuck, den man damals auch in Form von klingelnden Glöckchen über den Fußgelenken trug.

Auf jeden Fall nimmt Frau Ludin eine prüde und körperfeindliche Haltung ein. Meiner Ansicht nach steht das Kopftuch in erster Linie für die Unterdrückung der Frau in der muslimischen Welt: für Rechtlosigkeit, Abschließung oder Absperrung (Segregation) und den Machterhalt der Männer über die Frauen. Brauchen wir wirklich mehr Toleranz gegen ein Symbol der Intoleranz? Und das auch noch in der Schule?

Erinnern wir uns:

1979 haben die Ayatollahs im Iran die Macht übernommen, Anfang der 80er begann die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion. Dieser Angriff auf ein islamisches Land hat den Islamisten in der ganzen Welt Auftrieb gegeben. Mit der Islamisierung der muslimischen Länder gehörte es plötzlich zum guten Ton, Kopftuch zu tragen.



... und hier auch nicht ...

Dabei hätte spätestens seit 1979, als die revolutionären Gardien Khomeinis den Frauen verrutschte Kopftücher auf dem Kopf festnagelten, klar sein müssen, dass das Kopftuch alles andere ist als eine religiöse Sitte oder Privatsache. Grassiert das Kopftuchgebot überhaupt nicht erst seit 1979, seit der Gründung des ersten Gottesstaates im Iran?

„Das, was wir heute in Deutschland als islamisches Kopftuch kennen, dieser lange Mantel mit dem Kopftuch über die Schultern und den ganz abgebundenen Haaren, diese Kluft ist überhaupt erst in den 80ern entstanden“, sagt Dr. Lale Akgün, Deutsche türkischer Herkunft, Therapeutin und Politikerin und innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion neuerdings zuständig für die Integration der MuslimInnen in Deutschland. „Es gibt Millionen gläubiger Musliminnen ohne Kopftuch auf der Welt, zumindest in den Ländern, wo sie nicht mit Gewalt und Todesdrohung zum Verschleiern gezwungen werden.“

Die Minderheit der Kopftuchträgerinnen und ihrer konservativen muslimischen Männer hat schon erreicht, dass die Schulpflicht für islamische

Mädchen nur noch eingeschränkt gilt, indem sie mit Erlaubnis (bzw. auf Verlangen) der Eltern nicht mehr am Sportunterricht teilnehmen. Müssen wir nicht darauf achten, dass die Ideologie einer islamistischen Minderheit nicht mit dem gesamten Islam gleichgesetzt wird?

Nazira Zainaddin (arabische Schriftstellerin und Koranexegetin) wurde unverschleiert aufgezogen und hatte auch Zugang zur höheren Schule. Sie war bei Erscheinen ihres Buches „Entschleierung und Verschleierung“ noch nicht einmal zwanzig Jahre alt. Sie kämpfte mit aller Gewalt gegen die Verschleierung an und schreibt, dass man den Verschleierungszwang weder aus dem Koran, noch aus dem Hadith (Überlieferung) ableiten könne. Die Verschleierung sei eine Erniedrigung für die Frau, auch wenn die Frau es selbst nicht so empfinde.

Seit einem Vierteljahrhundert ist der Schleier der Frauen die Flagge der islamistischen Fundamentalisten. Er ist das Zeichen für Ausgrenzung.

Eine Gesellschaft, in der Männer Frauen erniedrigen können, nur weil sie Frauen sind, eine solche Gesellschaft ist im Kern eine Unrechtsgesellschaft. Und genau aus diesem Grund hat der Schleier oder das Kopftuch in der Schule nichts zu suchen. Erziehung muss neutral sein. Das Kopftuchtragen widerspricht der Neutralitätspflicht aller



...selbst in den ältesten Schriften: nichts über ein Kopftuch

Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland.

Gerade Lehrerinnen und Lehrer müssen uneingeschränkt in der Lage sein zu vermitteln, dass Menschenrechte unteilbar sind und das Los der Frauen schon immer ein Gradmesser für Recht und Gerechtigkeit einer Gesellschaft war.

Tassia Fouki

VON VORBILDERN LERNEN

Die Fahrt des Umweltschutzausschusses zur Sonne

Mit der Einführung des EEG (Erneuerbare Energiengesetz) hat die Bundesregierung die Umstellung der Energieversorgung auf Wind, Sonne, Biomasse und Wasserkraft beschleunigt. Das EEG war eine Initialzündung, die dem Markt enormen Auftrieb gegeben und ihn aus seinem Nischendasein herausgeführt hat.

Inzwischen sind ca. 130.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstanden. Auch viele Kommunen haben inzwischen die Potentiale der erneuerbaren Energien erkannt und unterstützen diesen Wirtschaftszweig. So auch München mit seinem Förderprogramm Energieeinsparung und dem erweiterten Klimaschutzprogramm.

Ulmer Passivhaustechnik

Vorreiter sind aber vor allem kleine Städte wie z.B. Ulm und Freiburg. Sie nutzen Solarenergie und Biomasse bereits vielfältig und fördern diese Technologien vielseitig auch zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes. Um sich von den Erfahrungen der beiden Städte inspirieren zu lassen, reiste der Umweltschutzausschuss des

Münchner Stadtrates Mitte September nach Ulm und Freiburg.

Die Passivhaussiedlung „Im Sonnenfeld“ in Ulm umfasst 104 Reihen- und Doppelhäuser und einen Kindergarten. Acht verschiedene Bauträger haben in unterschiedlichen architektonischen und gebäudetechnischen Konzepten den Passivhausstandard verwirklicht - eine beeindruckende Vielfalt. Einige der Passivhäuser wurden in Massivbauweise errichtet, andere im Holzleichtbau oder im Brettstapelbau. Anstelle gängiger Flachkollektoren zur Nutzung der Solarenergie wurden in einem Fall von Sole durchflossene Massivabsorber in den Balkonen installiert. In anderen Gebäudekonzepten wird die Frischluft anstatt über einen Erdwärmetauscher über eine 99 m tiefe Erdsonde vorgewärmt. Ein anderes Konzept ermöglicht es, auf Grund des geringen Heizenergiebedarfs den Rücklauf einer Fernwärmeleitung zur Wärmeversorgung zu nutzen. Der Restenergiebedarf der Anlage wird über ein mit Holzpellets betriebenes Blockheizkraftwerk (BHKW) gedeckt.

Interessant ist vor allem der Einfluss der Stadt, die ihr Bauland mit der Auflage verkaufte, zertifizierte Häuser im Passivhausstandard des Passivhaus-Instituts Darmstadt zu errichten. Zur Sicherheit mussten die Bauträger 5 % der

Bausumme als Bürgschaft hinterlegen. Subventioniert wurde nur das Bauland. Seit diesem Jahr werden angrenzende Grundstücke mit der gleichen Auflage an private Bauherren vergeben. Eine Chance für die Architekten, ihre bei den Bauträgermodellen erworbenen Erfahrungen weiterzuentwickeln.

Ein Beispiel optimaler Energieeffizienz eines Bürogebäudes ist das Steinbeis-Transferzentrum im Ulmer Science Park II. Der außergewöhnliche Baukörper mit räumlich gekrümmten Fassaden besitzt eine luftdichte Gebäudehülle aus hoch wärmedämmten Holzelementen und eine mechanische Lüftung mit Wärmerückgewinnung. 40 vertikale Erdwärmesonden mit 100 m Tiefe kühlen im Sommer den Betonkern und die Zuluft; im Winter heizt die im Erdreich gespeicherte Wärme die Zuluft vor. Der Restwärmebedarf wird vorrangig durch Abwärme der Kältemaschinen für EDV-Raum und Küche und nachrangig mit Fernwärme gedeckt. Das Gebäude ist rein privatwirtschaftlich finanziert.

Passivhaussiedlung und -bürohaus demonstrieren die praktische Umsetzung innovativer, umweltfreundlicher Technologie und stärken damit den Wirtschaftsstandort Ulm.

Solarstadt Freiburg

Unter verschiedensten Aspekten beeindruckt Freiburg als *die* Solarregion in Deutschland.

Mit der Siedlung Vauban und der Solarsiedlung am Schlierberg lernten StadträtInnen und Verwaltung unterschiedlichste Typen von Solararchitektur kennen, aber auch die Vielfalt eines umweltfreundlichen städtebaulichen Konzeptes mit energiesparenden Bauweisen.

1994 wurde auf dem ehemaligen Kasernengelände im Stadtteil Vauban ein städtebaulicher Wettbewerb mit folgenden Planungsvorgaben ausgelobt: Mischung von Arbeit und Wohnen, Vorrang für Fußgänger, Radfahrer und öffentliche Verkehrsmittel, Erhalt des Baumbestandes und des Biotops, Mischung sozialer Gruppen, gute Verbin-



Die Freiburger Solarfabrik

derung der Wohnungen zu den Freiräumen, Nahwärmeversorgung und Wohnhäuser in Niedrigenergiebauweise. Entstanden ist inzwischen eine bunte, farbenfrohe, grüne und verkehrsberuhigte Siedlung: Mehrfamilienhäuser in vielfältiger Architektur, mit unterschiedlichsten Energiekonzepten vom Passivhausstandard über Versorgung durch ein Holz-BHKW bis zu Solaranlagen.

Ein wesentlicher Bestandteil des sozial-ökologischen Modellcharakters ist das in Vauban umgesetzte Verkehrskonzept. Weite Teile des Stadtteils sind stellplatzfrei ausgewiesen, geparkt wird am Rand des Quartiers in Hochgaragen (mit Solaranlagen!). Darüber hinaus haben sich ca. 50% aller Haushalte vertraglich dazu verpflichtet, ganz auf ein eigenes Auto zu verzichten.

Die Solarsiedlung am Schlierberg umfasst acht modular aufgebaute Reihenhaustypen, die weniger Energie verbrauchen als sie erzeugen. Die Plus-Energiehäuser nutzen die Energie der Sonne sowohl passiv als auch aktiv. Das optimale Zusammenspiel von Photovoltaik, Ausrichtung zur Sonne (Fenster), hochwertigster Wärmeisolierung mit raumbezogenen Belüftungsanlagen garantiert eine optimale Energieeffizienz. Der Freiburger Solararchitekt Rolf Disch vermarktet die Häuser zum Teil in einem Immobilienfonds. Aber nicht nur in der Anwendung von Solarenergie und umweltfreundlichen Technologien ist Freiburg führend. Auch Produktion, Wissenschaft und Fortbildung haben sich in der badischen Stadt angesiedelt.

Solarenergie als Wirtschaftsfaktor

Die Solarfabrik besticht durch ihre architektonische Transparenz und Leichtigkeit. Die europaweit erste Nullemissions-Fabrik für Solarmodule ist nicht nur Ort für Produktion und Arbeit, sie ist auch eine architektonische Novität mit unglaublicher Anziehungskraft. Das Energiekonzept überzeugt durch die geschickte Verknüpfung von Energiespartetechniken und dem kompromisslosen Einsatz erneuerbarer Energien. So nutzt die Glasfassade die tief stehende Wintersonne zur passiv-solaren Beheizung. Die Frischluft wird über lange, unter dem Gebäude verlegte Erdkanäle wie in Ulm vorgewärmt. Eine 16 cm dicke Wärmedämmung mit Wärmeschutzverglasung hält das Gebäude auch im Winter ausreichend warm. Neben dem Einsatz von Solarenergie auch zur Stromerzeugung wird der Restwärmebedarf der Solarfabrik aus einem Pflanzenöl-BHKW gedeckt.

... und als Wissenschaftsfaktor

Das Fraunhofer Institut für Solare-Energiesysteme ist der wissenschaftliche Baustein der Solarregion Freiburg. Die Forschung des ISE schafft technische Voraussetzungen für eine effiziente und umweltfreundliche Energieversorgung weltweit. Dazu entwickelt das Institut Systeme, Komponenten, Materialien und Verfahren in den Geschäftsfeldern Gebäude und technische Gebäudeausrüstung, Solarzellen, netzunabhängige

Stromversorgungen, regenerative Stromerzeugung im Netzverbund und Wasserstofftechnologie.

Aber nicht nur wissenschaftlich wird in Freiburg das Thema angegangen. Die Richard-Fehrenbach Gewerbeschule bildet neben Berufsschülern und Gymnasiasten Fachkräfte für Solartechnik in einem eigens dafür konzipierten Solarturm aus. Denn nicht nur die Forschung ist wichtig, sondern auch die Kenntnisse bei Handwerkern und Fachkräften über die Möglichkeiten von aktiven und passiven Solarsystemen.

Freiburg, die Solarstadt Deutschlands hat die aktive und passive Nutzung, Forschung und Ausbildung zu ihrem Hauptwirtschaftsfaktor gemacht.

Die Reise war für uns Grüne (Jens Mühlhaus und mich) Anlass über neue Strategien in München nachzudenken. Zum einen wird es unser langfristiges Ziel sein, die Zusammenarbeit des Umwelt-, Planungs, Kommunalreferates und der SWM zu verbessern. Denn nur wenn an einem Strang gezogen wird (was bisher selten der Fall ist!), kann effektiv etwas verändert werden. Schwerpunkt soll dabei das Thema „Ökologisches Bauen“ sein.

Neben der Vernetzung schweben uns bestimmte „ökologische Standards für Baugebiete“ und ein „Zentrum für erneuerbare Energien“ oder ähnliches vor. Dies sind bisher nur Strategien, die in den nächsten Monaten in Gesprächen mit der Verwaltung und in den Arbeitskreisen Ökologie, Energie und Wohnen mit Inhalten gefüllt werden sollen. Wir sind auf dem Weg.

Sabine Krieger

SPRACHKURSE FÜR MIGRANTEN: IMMER ÄRGER MIT DEM GELD

Bis Januar 2003 war es Aufgabe des Sprachverbandes Deutsch e.V., die Fördergelder für den Deutschunterricht für MigrantInnen zu verteilen und die Durchführung der Kurse zu kontrollieren. Im Februar wurde plötzlich das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFI) mit dieser Aufgabe betraut.

Nach Aussagen der Sprachkursträger sind die Auswirkungen „dramatisch“. Planungsunsicherheit, widersprüchliche Informationen aus dem BAFI, ständig wechselnde AnsprechpartnerInnen führen zu großer Verunsicherung. Jahrzehntelang aufgebaute Netzwerkstrukturen drohen durch die nicht einschätzbare Konkurrenzsituation zu zerbrechen. Durch die geringeren Mittel fallen Kurse für ca. 2500 potenzielle SprachschülerInnen weg. Dies trifft in erster Linie Kurse für Mütter und sozial schwach Gestellte.

Alle Sprachkursanbieter verfügen über weniger Mittel als im Vorjahr. Die Lehrer/innen wandern ab oder müssen entlassen werden. Ein Sprachverband musste 60% seiner Belegschaft entlassen. Die Sprachkursträger werden gezwungen, ihre Preise zu erhöhen, wohlwissend, dass sich dann genau diejenigen, die angesprochen werden sollen – Jugendliche, Frauen mit kleinen Kindern – diese Kurse nicht mehr leisten können.

Das BAFI macht sich mittlerweile darüber Gedanken, Städte mit erhöhtem Sprachkursbedarf - so wie München - stärker zu fördern. So wurde nach intensivem Protest zweier großer Münchner Träger die Fördersumme für die Stadt einmal um 100.000 Euro erhöht.

Tassia Fouki

LEGAL UNBUNDLING

Neue Tochterunternehmen bei der Stadtwerke München GmbH

Die seit der Umgründung in eine GmbH laufende interne Umstrukturierung der Stadtwerke München GmbH bleibt den meisten verborgen. Es sei denn es passieren Pannen mit größeren Außenwirkungen, wie jüngst bei den Stromabrechnungen der SWM.

Grund für die notwendigen Veränderungen sind die harten Bedingungen für Versorgungsunternehmen im liberalisierten Strom- und Gasmarkt.

Jetzt ist die EU einen weiteren Schritt in Richtung mehr Wettbewerb gegangen und zwingt die Versorgungsunternehmen auch gesellschaftsrechtliche Konsequenzen zu ziehen.

Anfang Juni hat das Europäische Parlament die „Beschleunigungsrichtlinien für Strom und Gas“ verabschiedet. Wesentlicher Inhalt dieser Richtlinie ist die Entflechtung der Netzbetreiber von den übrigen Tätigkeiten (Vertrieb, Erzeugung) eines integrierten Versorgungsunternehmens im Bereich Strom und Gas. Die gesellschaftsrechtliche Ausgliederung der Netzinfrastruktur soll einen effizienten und nicht diskriminierten Netzzugang und eine höhere

Transparenz bei den Netznutzungsentgelten gewährleisten. Die Entflechtung ist für alle Energieversorgungsunternehmen, die Übertragungsnetze betreiben (wie die Stadtwerke München) auch gesellschaftsrechtlich, d.h. durch Gründung von eigenständigen Töchtern (legal unbundling), bis zum 1.07.2004 zu vollziehen. Ab Mitte 2004 sind in den EU-Mitgliedstaaten Regulierungsbehörden aufzubauen, die zukünftig – ähnlich wie im Telekommunikationssektor – den Netzzugang regulieren.

Mehr Transparenz?

Die Stadtwerke haben auf die neuen Anforderungen sehr schnell reagiert, um die Umstellung trotz des hohen Zeitdruckes bis zum Jahresende zu bewerkstelligen. Die künftige Konzernstruktur des Versorgungsbereiches sieht vor, die bisherigen Tätigkeiten der Versorgungs-GmbH, die auf der Basis eines Pachtvertrages mit dem Mutterkonzern Energie erzeugt, vertreibt und über ihre Netze ihre Privat- und Geschäftskunden beliefert, in Zukunft auf drei eigenständige Gesellschaften zu verteilen (siehe Abbildung).

SWM Infrastruktur GmbH

Die Netze werden künftig in einer eigenen Gesellschaft geführt. Damit erfüllen die Stadtwerke die Vorschrift der Europäischen Union, die Netze von den übrigen Wertschöpfungsstufen im Energiesektor gesellschaftsrechtlich zu entflechten.

SWM Versorgungs GmbH (neu)

In der bereits bestehenden Tochter Versorgung verbleibt der Vertrieb mit allen Kundenbeziehungen.

SWM Services Energie und Wasser GmbH

Energieerzeugung, Wassergewinnung und alle Servicefunktionen (Technische Service, Mess- und Abrechnungsservice, Telekommunikation) werden in einer eigenen Gesellschaft zusammengefasst.

Mit dieser neuen Struktur erfüllen die Stadtwerke klar die Vorgaben der Europäischen Union. Sie erhoffen sich darüber hinaus auch noch weitere Synergieeffekte durch die nun mögliche saubere und transparente Zuordnung der Prozesskosten zu den einzelnen Bereichen.

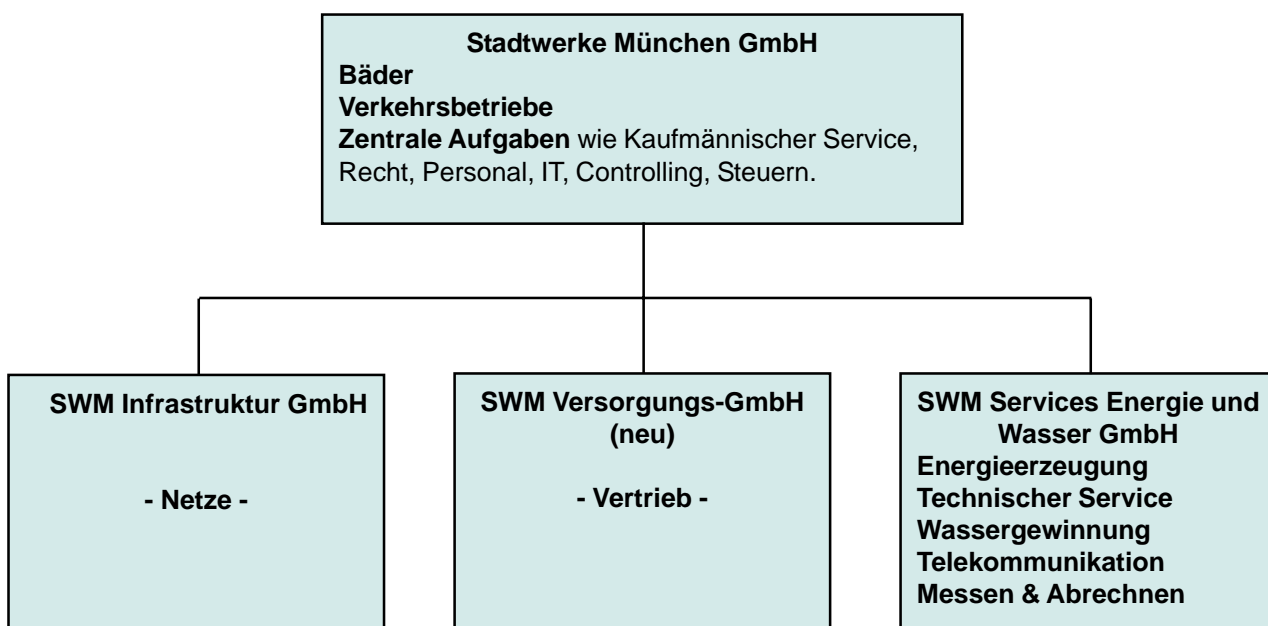


Abb.: Aufgabenfelder der Muttergesellschaft sowie der drei Tochtergesellschaften im Versorgungsbereich.

Klar ist aber auch, dass durch die Aufspaltung und Verflechtung in der neuen Struktur die Durchschaubarkeit für Außenstehende in starkem Maße abnimmt.

Die Notwendigkeit für die Stadtwerke München sich in Zukunft immer mehr auf dem Markt zwischen „global players“ behaupten zu müssen bedingt ein zunehmend eigenständiges und von der Stadt separiertes Handeln. Der Einfluß der Kommune auf die eigenen Werke sinkt.

Vor diesem Hintergrund war es uns von grüner Seite besonders wichtig, in den Gesellschaftsverträgen die Einbindung der Trägerin (Landeshauptstadt München) in wichtigen Teilbereichen wie Tochtergründungen, strategischen Veränderungen, Grundstücksgeschäften sowie auch bei Cross Border Leasing Geschäften (CBL) zu sichern. Letzteres ist in den vergangenen Jahren

immer wieder kritisch in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Bei CBL werden städtische Anlagen wie Klärwerke, Kanal- und Wassernetze, Messehallen, Müllverbrennungsanlagen, U- und Straßenbahnen, etc. an einen US-Investor für einen sehr langen Zeitraum vermietet und gleichzeitig für einen kürzeren Zeitraum wieder zurückgemietet. In den USA entsteht dabei ein Steuervorteil, von dem der Investor der Kommune einen kleinen Teil, den sog. „Barwertvorteil“ abgibt. Da es sich bei den Leasing-Gegenständen um städtische Infrastruktur insbesondere der Daseinsvorsorge handelt und die Geschäfte nicht risikolos sind, verfolgten viele Bürger und auch die Politik etwaige Bestrebungen von Seiten der Stadtwerke sehr kritisch. Durch die neuen Verträge ist nun sichergestellt, dass eine Entscheidung über ein CBL im Stadtrat getroffen werden muss.

Darüber hinaus lag unser Augenmerk bei den Verträgen auch auf einer Festbeschreibung von Qualitätszielen im Wasserbereich (die Ziele im Energie- und Verkehrsbereich sind bereits seit Gründung der SWM GmbH Bestandteil der Gesellschaftsverträge). Denn auch im Wassersektor wird sich in den nächsten Jahren auf EU-Ebene einiges bewegen und eine Markttöffnung erscheint möglich.

Die neue Struktur des kommunalen Versorgungsunternehmens - ein weiterer Schritt, um sich auf dem liberalisierten Markt behaupten zu können. Welche Schritte folgen noch? Derzeit läuft die Diskussion um die Umstrukturierung des Verkehrsbereiches innerhalb der SWM GmbH, eine Entscheidung wird voraussichtlich Ende des Jahres fallen.

Sabine Beck

GRÜNE OFFENSIVE GEGEN LAUBLASGERÄTE

Seit einigen Jahren werden sie verstärkt in Gärten und Parks eingesetzt: Laubblas- und Laubsaugergeräte. Vielen Menschen sind die lärmenden Geräte ein Ärgernis.

Und dieser Ärger ist nur all zu verständlich. Schließlich produzieren sie etwas, was es in der Stadt bereits im Überfluss gibt: Lärm und Abgase. Außerdem schädigen sie die Bodenfauna. Aus diesen Gründen hat die Grüne Stadtratsfraktion beantragt, auf städtischen Grünflächen künftig keine Laubbläser und Laubsauger mehr einzusetzen.

Unter ökologischen Aspekten sind diese Geräte völlig verzichtbar - und besonders in unseren Parks sollten diese Aspekte im Vordergrund stehen! Ein Verbot liegt jedoch nicht in der Macht der Stadt - und ein entsprechender Vorstoß des Bundesumweltministeriums ist vor kurzem gescheitert.

Immerhin gibt es jetzt wegen der hohen Lärmemissionen (bis zu 115 dB(A), das entspricht einem Presslufthammer) in Wohngebieten strenge Betriebsbeschränkungen. Denn bei Pegeln von 90 dB(A) und mehr nimmt die Gefahr einer Gehörschädigung deutlich zu.

Auch die Abgasemissionen sind äußerst problematisch. Laubbläser mit Ver-

brennungsmotor geben laut BUND mehr als ein Drittel des benötigten Kraftstoffes unverbrannt als giftige Kohlenwasserstoffe in die Luft ab. Das Umweltbundesamt hat berechnet, dass ein Zweitaktmotor 200 mal so viel unverbrannte Kohlenwasserstoffe ausstößt wie ein PKW mit geregelter Katalysator. Hinzu kommen noch Stickoxide und Kohlenmonoxid. Diese Abgasemissionen schaden insbesondere der Gesundheit der Benutzer, in Form von Kopfschmerzen oder Atemwegserkrankungen.

Auch die Bodenfauna wird durch die Geräte geschädigt. Der lockere Oberboden, Humusteile, Feinreisig, Pflanzenreste, Blätter etc. werden aufgesaugt oder verblasen. Gleiches gilt für in der bodennahen Krautschicht lebende Kleintiere (z.B. Käfer, Spinnen Tausendfüßler, Asseln, Springschwänze, Amphibien), die wichtige ökologische Funktionen erfüllen (Schädlingsvertilger, Zersetzung von organischem Material). Der Entzug von Biomasse aus dem natürlichen Stoffkreislauf vor Ort führt zu einer Verarmung des Bodenlebens. Die Kleintiere, aber auch Kleinsäuger wie der Igel, die auf abgestorbenes Pflanzenmaterial angewiesen sind, verlieren ihre Nahrungsgrundlage oder für das Überleben im Winter dringend benötigte Deckung. Ohne die

schützende Deckschicht trocknet der Boden leichter aus und ist schlechter gegen Extremtemperaturen geschützt. Die Neubildung von Humus nimmt ab. Pilze, die für die Verrottung der Blätter notwendig sind, werden entfernt. Die Folge ist eine Verhagerung des Oberbodens.

Natürlich argumentiert das Gartenbauamt mit den erhöhten Personalkosten, die durch einen Verzicht auf die Laubbläser entstehen. Doch das lässt Fraktionsvorsitzende Sabine Krieger nicht gelten. Sie plädiert dafür, auf Grünflächen weniger Laub zu entfernen und womöglich ganz darauf zu verzichten: „Die Reduzierung der Kehrarbeiten und der Wegfall des Abtransportes würden die zusätzlichen Kosten für mehr Arbeitskräfte kompensieren. Wege müssen selbstverständlich frei gehalten werden, z.B. mit Kehrmaschinen. Das Liegenlassen der Blätter bis zum fast vollständigen Laubabfall und das einmalige Zusammenrechen in eine windstille Ecke ohne Abtransport der Blätter (Laubhaufen=Schutzraum für Tiere) wäre für Boden und Tiere die optimale Pflege der herbstlichen Grünflächen. Um dem Arbeitszeitargument und den daraus resultierenden möglichen Mehrkosten noch auf eine andere Weise zu begegnen, weisen wir darauf hin, dass das Zusammenrechen des Laubs

mit Rechen und Besen besonders bei häufig nassen und schweren Laub Vor-teile hat. Denn nasses Laub stellt für jedes maschinelle Blas- oder Aufnah-megerät ein Problem dar. Durch den Einsatz von Maschinen wird der Be-

nutzter oft zu einer übertriebenen Ge-nauigkeit bei der Säuberung der Flä-chen verleitet. Zudem verführen die Geräte zu einem nicht zweckgemäßen Einsatz (Staub verblasen statt kehren). Die Folge ist eine Verlängerung der auf-

zuwendenden Arbeitszeit gegenüber rein manuellen Verfahren.

Die Stadt sollte aber mit gutem Beispiel voran gehen und ihre Nachhaltigkeits-ziele ernst nehmen.“

DRAUSSEN VOR DER GROSSEN STADT

2 Jahre nach dem neuen Prostituiertengesetz hat sich wenig verändert

Vor knapp 2 Jahren trat das Ge-setz zur Regelung der Rechts-verhältnisse der Prostituierten in Kraft. Doch in München ist fak-tisch alles beim Alten. Prostituti-on findet immer noch in einer rechtlichen Grauzone statt.

Gerade für die Grünen war die Verbes-erung der rechtlichen und sozialen Si-tuation von Prostituierten immer ein wichtiges Anliegen. Daher wurde das Gesetz insbesondere von den Grünen vorangebracht. Sinn und Zweck des Gesetzes ist es, Prostituierten den Ab-schluss von Arbeitsverträgen und da-mit den Zugang zu sozialen Sicherungs-systemen zu ermöglichen.

Doch abgesehen davon, dass die Prosti-tution nicht länger als sittenwidrig gilt und somit die Bewertung der Arbeit von Prostituierten vom Gesetzgeber neutra-lisiert wurde, hat das Gesetz bisher kaum Verbesserung für Prostituierte gebracht.

Nicht mehr sittenwidrig?

Gut gemeint – aber schlecht gemacht! Das Gesetz beschränkt sich auf Rah-menbedingungen und lässt die Umset-zung ungeregelt. Dies führt zu einer massiven Verunsicherung der Beteilig-ten, da nachfolgende Regelungen wie das Straf- oder Gewerberecht unter-schiedlich ausgelegt werden können. Gewerberecht:

Während es in vielen Bundesländern eine gewerberechtliche Anerkennung für Prostitutionsbetriebe gibt, wird sie in Bayern mit dem Verweis auf die ge-werberechtliche Sittenwidrigkeit von Prostitution generell versagt. Eine Bund-Länder-Kommission konnte sich

nicht auf einen einheitlichen gewerbe-rechtlichen Umgang mit Prostitutions-betrieben einigen.

Arbeitsverträge:

Die Staatsanwaltschaft München hält es für fragwürdig, dass Arbeitsverträ-ge zwischen Bordellbetreibern und Prostituierten abgeschlossen werden können ohne dass sich die Betreiber strafbar machen.

...nur auf dem Papier

Zwar bestimmt das Gesetz ausdrück-lich, dass Prostituierte Arbeitsverträge abschließen können. Wenn aber ein Bordellbetreiber Vorgaben macht - z.B. bezüglich der Freier oder der Art der angebotenen sexuellen Handlungen - dann gerät er wegen dirigierender Zu-hälterei in Konflikt mit dem Strafrecht. Ein derartiger Arbeitsvertrag ist für die Staatsanwaltschaft ein Grund, gegen den Bordellbetreiber strafrechtlich zu ermitteln.

Die Oberfinanzdirektion dagegen hat bei ihren Steuerprüfungen in Prostitu-tionsbetrieben arbeitnehmerähnliche Verhältnisse festgestellt. Das hatte zur Folge, dass Bordellbetreiber zu Lohn-steuernachzahlungen aufgefordert wur-den. Die gleichen Kriterien, die für die Oberfinanzdirektion ein arbeitnehmer-ähnliches Verhältnis begründen, führen also zur strafrechtlichen Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft.

Für die Bordellbetreiber und Prostitu-ierte eine Situation, die nicht im Sinne des Gesetzgebers sein kann.

Insgesamt hat das neue Prostitutions-gesetz nicht zu einer sozialen und recht-lichen Absicherung von Prostituierten geführt, Arbeitsverträge werden auf-grund der unklaren Rechtslage nicht geschlossen. Das Gesetz hat erhebli-

chen Nachbesserungsbedarf, wenn es nicht zur bloßen Absichtserklärung ver-kommen will.

Bayerische Spezialität: Sperrbezirksverordnung

In Bayern haben es die Prostituierten aber nicht nur aufgrund der neuen un-klaren Rechtslage schwer, sondern auch aufgrund einer restriktiv gehandhabten Sperrbezirksverordnung.

In München wurden bislang alle Ver-suche der grünen Fraktion, die Sperr-bezirksverordnung zu lockern, abge-wiesen.

In einem aktuellen Antrag fordern wir wieder einmal die Lockerung der Sperr-bezirksverordnung für das Ausüben der Prostitution in Hotelzimmern und Pri-vatwohnungen der Kunden, sowie die Streichung des Ausübungsverbots in der Freisinger- und Ingolstädter Land-straße. Und in diesem Fall zieht auch die SPD mit.

Auch Münchens männliche Prostitui-erte haben unter der Sperrbezirksverord-nung zu leiden. Allerdings sind die Rah-menbedingungen für Stricher unter-schiedlich, aber mindestens ebenso schwierig. Männliche Prostitution fin-det innerhalb des Sperrbezirkes statt, also illegal. Sie wird sich auch durch zahlreiche Razzien der Polizei nicht verdrängen lassen. Alle Versuche durch Übereinkünfte mit der Polizei zu einem liberalerem Umgang zu kommen, sind bisher an der harten Haltung der baye-rischen Polizei gescheitert. Auch in die-sem Bereich ist in München noch viel, viel zu tun.

Lydia Dietrich

„Ich stehe dazu: Ich werde Neo-Nazi-Aufmärsche niemals als normale Meinungsäußerung akzeptieren.“

Am 16. Oktober 2003 musste der Grüne Fraktionsvorsitzende Siegfried Benker vor Gericht erscheinen. Er war angeklagt, zur Blockade einer Nazi-Demo am 12.10. 2002 aufgerufen zu haben. Die Mamba dokumentiert Auszüge seiner Verteidigungsrede.

„Stellen Sie sich vor, München hätte vor einem Jahr sang- und klanglos die Rechtsextremisten marschieren lassen, die jetzt Bomben gegen jüdische Einrichtungen legen wollten. Die Peinlichkeit, dass rechtsextreme Terroristen ihre Propaganda in München ungehindert verbreiten hätten dürfen, würde erst jetzt in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit zu Tage treten.

Doch trotz der offensichtlichen Gefahrenpotentiale durch Rechtsextremisten erscheinen Bürger, die diesen Neo-Nazi-Spuk nicht dulden wollten, als so gefährlich, dass sie vor Gericht gezerrt und abgeurteilt werden müssen.

An den Bombenanschlag vom 26. 9. 1980 auf das Oktoberfest, den der angebliche Einzeltäter Gundolf Köhler verübte, der 13 Menschen das Leben kostete und über 200 Verletzte forderte, erinnern wir uns sicher noch alle. 1983 – zum sechzigsten Jahrestag des Marsches auf die Feldherrnhalle, wollte Michael Kühnen als selbsternannter Führer den Marsch auf die Feldherrnhalle wiederholen; vom so genannten AVÖ-Laden in der Herzog-Heinrich-

Straße 30 aus hat Ewald Althans versucht, die neonazistische Szene zu organisieren. Die DVU hat nach wie vor ihre Bundesgeschäftsstelle in der Pao-sostraße 2 in Pasing, von wo aus die „National-Zeitung“ vertrieben wird. Die Danubia, die im Januar 2001 den Haupttäter des Überfalls auf den Griechen Artemios in der Zenettistraße versteckt hat, residiert seit 1957 in ihrem Palais in der Möhlstraße 21.

Rechter Terror von neuer Qualität

Und von einer neuen Qualität der Gewaltbereitschaft sind Kameradschaften wie die „Kameradschaft Süd“ um Martin Wiese. Es handelt sich um eine gut vernetzte und organisierte und nebenbei bemerkt auch finanziell offensichtlich gut ausgestattete Gruppierung. Die Gruppe kann 1,7 Kilo TNT nach München schaffen, 14 Kilo weiteren Sprengstoff, weitere Waffen. Sie kann bekannte Persönlichkeiten observieren. Sie kann zumindest beginnen einen Anschlagplan auszuarbeiten, sie ist in der Lage, die Kontenbewegungen – und damit die an diesen Kontenbewegungen beteiligten Personen – von linken, liberalen und fortschrittlichen Gruppen auszuspähen. Und sie steht in mehr oder weniger lockerem Kontakt mit so gut wie allen anderen rechtsextremen Gruppen und Parteien, derzeit vernetzt

über das relativ neue rechtsextreme Netzwerk „Demokratie Direkt“.

Rechtsextremisten brauchen München als Aufmarschplatz

München ist für die Rechtsextremen von immens hohem symbolischen Wert. München war die „Hauptstadt der Bewegung“. Hier war der Hitlerputsch, hier wurde die NSDAP groß, hier war mit den Anlagen am Königsplatz und der Feldherrnhalle ihr zentraler Kultort, hier war bis zum Ende des II. Weltkriegs die Reichszentrale der NSDAP. Für die Neo-Nazis ist es von besonderer Bedeutung, in München zu marschieren.

Allein die Regie für den geplanten Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung am Jakobsplatz am 9. November 2003 verdeutlicht dies. Ein Bombenanschlag auf den Tag genau 80 Jahre nach dem Hitlerputsch und exakt 65 Jahre nach der Ausrufung der Reichspogromnacht aus dem Saal des Alten Rathauses durch Josef Goebbels zeigt die Traditionsschiene der Neo-Nazis. Es wäre ihnen gelungen, an einem 9. November in München wieder gegen Jüdische Einrichtungen loszuschlagen. Neo-Nazi-Aufmärsche in München sind für Rechtsextremisten ein notwendiger Bestandteil ihres Selbstverständnisses, sie sind notwendig für die Selbstvergewisserung der rechtsextremen Szene, egal ob sie legal oder illegal agiert – und sie sind notwendig, um neue Anhänger zu interessieren und zu rekrutieren. Neo-Nazis ist nicht wichtig, eine Fahne mehr oder weniger zu zeigen, Neo-Nazis ist es wichtig in der Öffentlichkeit zu marschieren.

In den letzten sechs Jahren hat sich in München ein gesamtstädtischer Konsens entwickelt:

Im Frühjahr 1997 wurde in der Ausstellungshalle im Rathaus die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ gezeigt. Für den 1. 3. 1997 mobilisierte die rechtsextremistische Szene zu einer Gegendemonstration nach München. Es wurde mit 4.500 Neo-Nazis der bis dahin und bis heute größte Aufmarsch von Rechtsextremisten in der



Siegfried Benker mit Anwältin und Ehefrau Angelika Lex vor Gericht.

Bundesrepublik. Mein Freund Martin Löwenberg, den das Amtsgericht vor drei Wochen wegen Aufforderung zu Straftaten in der selben Sache verurteilt hat, und ich waren damals die Anmelde einer Gegendemonstration, zu der mehr als 6000 Menschen kamen – und von denen viele später entschieden haben, sich den Neo-Nazis in den Weg zu stellen und sie nicht bis zum Marienplatz kommen zu lassen. Trotz dieser Niederlage feiern die Neo-Nazis bis heute den Triumph, in München marschiert zu sein.

Neo-Nazi-Aufmärsche zu verhindern trifft die rechtsextreme Szene an einer empfindlichen Stelle: es nimmt ihnen die öffentliche Rekrutierungsmöglichkeit und die scheinbare gesellschaftliche Akzeptanz einer legalen Aktion. Nach der Demonstration am 1.3.1997 entstand ein gesamtstädtischer Konsens dafür, dass es möglich, richtig und notwendig ist, Neo-Nazi Aufmärsche zu

verhindern. Dieser Konsens reichte von der offiziellen Politik – sogar parteiübergreifend – in die Bezirksausschüsse, in die Gewerkschaften und Kirchen, in die Friedensgruppen usw. Die MünchnerInnen wurden von vielen Politikern dafür gelobt, dass sie Zivilcourage gezeigt haben.

Der Konsens hält

Dieser Konsens in der Münchner Zivilgesellschaft war auch vor den Neo-Nazi-Demonstrationen am 12. 10 und 30. 11. 2002 vorhanden. Der Oberbürgermeister machte in der Presse klar: „Sich in den Weg stellen – eine gute Sache“; die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, Frau Knobloch fand deutliche Worte, die Gewerkschaften forderten, einen Marsch vor dem Gewerkschaftshaus zu verhindern. Der Stadtrat forderte einstimmig: „In München ist kein Platz für neonazistische

Aufmärsche!“ Mehr als 3000 Menschen sind diesem und anderen Aufrufen am 12. 10. gefolgt, ca. 1000 Menschen am 30. 11. 2002.

Er muss weiter halten

Jetzt hat die Polizei einige Menschen herausgegriffen, um diesen gesellschaftlichen Konsens in München zu zerstören. Ich sitze auf der Anklagebank, aber getroffen werden sollen alle, die auf der Straße standen, als die Neonazis marschieren wollten. Die Verurteilung und Kriminalisierung einzelner soll dazu führen, dass die MünchnerInnen sich Neonazi-Aufmärschen nicht mehr in den Weg stellen und diese als normal akzeptieren. Ich stehe dazu, ich werde Neonazi-Aufmärsche niemals als normale Meinungsäußerung akzeptieren. Ich bekenne mich dazu, dass ich auch weiterhin daran arbeiten werde, dass es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gibt, gegen Neo-Nazi-Aufmärsche aufzustehen.

Es ist meiner Ansicht nach Aufgabe eines Stadtrates, der die Geschichte dieser Stadt ernst nimmt, der seine eigenen Beschlüsse ernst nimmt und der sich mit der Gefährlichkeit des neonazistischen Netzwerkes beschäftigt, die Menschen nicht nur abstrakt aufzufordern zu protestieren, sondern dafür zu sorgen, dass es auch weiterhin diesen Konsens gibt: Neonazi-Aufmärsche nicht zu dulden.

Als Teil dieses Konsenses und in Umsetzung des oben zitierten Stadtratsbeschlusses habe ich die MünchnerInnen aufgefordert, sich den Neonazis friedlich in den Weg zu stellen. Wenn das in dieser Stadt ein Straftatbestand ist, dann wurde aus der Geschichte nichts gelernt.“

Angesichts des durchaus milden Urteils (5 Tagessätze à 30 Euro, die 1 Jahr „unter Vorbehalt“ bleiben) ging Siegfried Benker nicht in Berufung.

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

Sabine Krieger

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene.m.uunet.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis

Liane Rohen

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Anja Högl

die-hoegls-daheim@gmx.de

Dr. Florian Roth

DrFlorianRoth@aol.com

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Stefan Scholer

www.hep-monatzeder.de

Grüne Jugend München:

Tel.: 089-21159720

Florian Vogel

Elena Schmidt

info@gjm.de

www.gjm.de

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.) Stefan Scholer, Alexandra Weiß, Tassia Fouki, Sabine Beck.

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit 9 Euro, Einzelpreis 1, 50 Euro.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag
Besengaß 4
82346 Andechs

Konzeption: Bernd Haak

Titellogo: Barbara Rueff